

## Deutsch-französische Beziehungen

# Motorschaden

Von Jörg Kronauer

Wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man 'nen Arbeitskreis: Es scheint fast, als hätten die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen der dominanten Macht der EU und ihrem stärksten Konkurrenten auf dem Kontinent, das Stadium der Ratlosigkeit erreicht. Die bilateralen Regierungskonsultationen, die am Mittwoch einmal mehr die angeblich so enge »Freundschaft« zwischen den beiden Staaten zur Schau stellen sollten: Sie wurden kurzfristig abgesagt. Die Pressekonferenz, die man nach dem ersatzweise anberaumten Krisentreffen von Präsident Emmanuel Macron und Kanzler Olaf Scholz erwartet hatte: Sie fiel aus. Die Ergebnisse des immerhin drei Stunden währenden Gesprächs in Paris: warme Worte, nichts Konkretes. Statt dessen soll mit Arbeitsgruppen Annäherung erzielt werden. Der vielzitierte Motor der EU stottert, stockt.

Streit ist in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich mit ihren divergierenden nationalen Interessen seit je der Modus vivendi. Krieg und Krise spitzten die Widersprüche nun allerdings zu. Paris stoßen dabei vor allem deutsche Aktivitäten bei Militär und Rüstung über auf. Hatte man sich nicht vor Jahren geeinigt, mit Nachdruck gemeinsam Waffen und Streitkräfte auf europäischer Ebene zu entwickeln, um von den USA unabhängig zu werden? Und nun: Deutsch-französische Projekte stecken fest – so etwa das neue Luftkampfsystem FCAS – oder sind, wie der gemeinsam geplante neue Seefernaufklärer, sogar

bereits geplatzt. Berlin kauft statt dessen Rüstungsprodukte in den USA, die den Vorteil haben, schnell zur Hand zu sein – nur: Damit gerät zugleich die vielzitierte »strategische Autonomie« der EU in Gefahr. Ein heftiger Affront für Frankreich war außerdem, dass Deutschland seine Pläne für die europäische Luftabwehr vor allem mit Verbündeten aus Nord- und Osteuropa umsetzt und dabei auf deutsche, US-amerikanische und israelische Systeme zurückgreift – nicht aber auf vorhandene Systeme aus französisch-italienischer Produktion.

Wenig hilfreich ist bei alledem, dass die Bundesregierung immer offener ein Desinteresse an Frankreich demonstriert. Am 28. September, einen Tag, bevor Scholz das 200 Milliarden Euro schwere »Doppelwumms«-Paket verkündete, hielt sich Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt zu Gesprächen in Paris auf; das Paket, ein weitreichender Schritt mit ernststen Folgen für die gesamte EU, erwähnte er mit keinem Wort. Scholz wiederum sagte fast zum selben Zeitpunkt ein Videogespräch mit der französischen Ministerpräsidentin Élisabeth Borne wegen angeblichen Unwohlseins ab, trat aber wenige Stunden später wohlgeleitet vor die Kamera, um den für Paris ziemlich problematischen »Doppelwumms« bekanntzugeben. Kurz vor dem Krisentreffen am Mittwoch setzte Berlin seine Eigenmächtigkeit fort, kündigte eine an das Treffen anschließende Pressekonferenz an, ohne dies mit Paris abzustimmen. Deutlicher kann man einem Verbündeten kaum vermitteln, wie ernst man ihn eigentlich nimmt.

## Linksparteiler des Tages

# US-»Progressive«



Verhandlungslösung nicht zu vergessen. Nicht mehr, aber es reichte, um einen Shitstorm auszulösen: »Das hätte Putin unterschreiben können«, und dergleichen Statements wurden durch die TV-Shows und sozialen Netzwerke gejagt.

Und, was geschah? Die »progressive Gruppe« wand sich aus der Geschichte heraus, wie sie es halt konnte: Der Text sei »schon vor Monaten formuliert« – wenn es stimmt, ein schönes Beispiel für die Rolle von Textbausteinen in demokratischer Politik – und jetzt von einem Mitarbeiter ohne Rücksprache irrtümlich in die Welt geschickt worden. Zum falschen Zeitpunkt, wo doch prominente Vertreter der Republikaner öffentlich für ein Ende der US-Waffenlieferungen an Kiew eintraten, wie die Gruppenvorsitzende Pramila Jayapal zerknirscht schrieb. Zumal die Zwischenwahlen bevorstehen und den Republikanern Zuwächse vorausgesagt werden. Womöglich auch auf Kosten der einen oder des anderen »Progressiven«.

Das haben wir gern, dear Comrades: Erst ein Thema verschlafen, und es dann beerdigen, weil inzwischen jemand anderes es okkupiert hat. Woher kennen wir das bloß?

Reinhard Lauterbach

# »Antikommunismus spielt bis heute eine tragende Rolle«

Hamburg: VVN-BdA misstrauisch gegenüber geplantem Konzept der Stadt für ihre Gedenkstätten. Ein Gespräch mit Cornelia Kerth

In diesem Herbst soll in Hamburg ein Gesamtkonzept für die Gedenkstätten veröffentlicht werden. Worum geht es?

Mit dem »rot-grünen« Koalitionsvertrag im Juni 2020 hat die »Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen« den Auftrag erhalten, ein umfassendes Konzept für die Gedenkstätten in ihrer Zuständigkeit zu erstellen. Der Anspruch ist, gemeinsam mit den Gedenkortern, der Wissenschaft, aber auch den zivilgesellschaftlichen Verbänden, die zu dem Thema arbeiten, die Erinnerungspolitik in Hamburg weiterzuentwickeln und zu stärken.

Wer wurde mit der Erstellung des Konzepts beauftragt?

Federführend ist der Historiker Detlef Garbe. Er war von 1989 bis 2019 Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und wurde dann Direktor der neuen Stiftung. Zu ihm haben wir tiefstes Vertrauen, aber dieses Konzept folgt auch Vorgaben aus der Kulturbehörde. Und die richten sich danach, was der Senat finanzieren will und was nicht. Darauf hat auch Detlef Garbe nur begrenzt Einfluss. Verfolgtenorganisationen wie die VVN-BdA wurden bisher überhaupt nicht gefragt. Angesichts der Auseinandersetzungen um das Stadthaus und der seit Jahren offenen Fragen um »Kollafu« – also das Konzentrationslager Fuhsbüttel – oder das Dessauer Ufer sind wir misstrauisch. Deshalb haben wir im Sommer unsere dringenden Forderungen an die Hamburger Erinnerungspolitik veröffentlicht.

Es heißt, dass Sozialdemokraten und die Grünen nicht wirklich wollen, dass der kommunistische Widerstand groß kommt.

Es ist nichts Neues, dass der Widerstand



Cornelia Kerth ist Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

gegen den Faschismus in Deutschland stark unterbelichtet ist und weitgehend auf das Attentat vom 20. Juli reduziert wird, vielleicht noch die »Weiße Rose«. In diesem Land spielt der Antikommunismus bis heute eine tragende Rolle. Es hat aber auch damit zu tun, dass der Widerstand ganz konkrete Fragen danach aufwirft, was die Politik und jede Einzelne hätte tun können und heute tun kann. Das passt nicht ins Bild einer bewältigten Vergangenheit.

Warum ist das von Ihnen erwähnte Stadthaus nahe dem Rathaus so wichtig?

Es war die NS-Terrorzentrale Hamburgs. Die Gestapo hatte da ihren Sitz, aber auch das Polizeipräsidium und die Abteilung, die zuständig war für die Deportation von Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma. Dort wurden die Hamburger Polizeibataillone für den Vernichtungskrieg zusammengestellt, und dort war die Verwaltung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – der allergrößten Opfergruppe.

Für viel Protest sorgte, dass im

Stadthaus ein Luxuseinkaufszentrum errichtet wurde. Wie kann man überhaupt auf die Idee kommen, das an einem solchen Ort zu tun?

Berechtigte Frage. Nachdem die Stadt mehr als 60 Jahre keinen Anlass gesehen hatte, an die Bedeutung des Stadthauses als Zentrale des Naziterrors zu erinnern, kam 2009 die Entscheidung – und das war damals ein CDU-Senat unter Ole von Beust –, diesen gesamten Komplex zu verkaufen und dem Kapital zur Verwertung zu überlassen. Die Einrichtung und der Betrieb eines Gedenkortes waren Teil des Kaufvertrags. Das war die Privatisierung des Gedenkauftrags.

Hätte man von der SPD nicht verlangen müssen, dass sie, als sie ans Ruder kam, die Entscheidung korrigiert?

Zu korrigieren war da nicht mehr viel. Die Bauarbeiten hatten schon begonnen, und Verträge sind Verträge. Der Punkt ist, dass der aktuelle »rot-grüne« Senat nicht mal auf der Einhaltung des Vertrages bestanden hat, der eine Fläche von 750 Quadratmeter für das Gedenken vorsieht. Am Ende waren es 50 Quadratmeter – integriert in eine Buchhandlung, also weniger als zehn Prozent der vereinbarten Fläche.

Es ist bis heute eine Verweigerungshaltung festzustellen, dem Erinnern an die NS-Verbrechen den Stellenwert einzuräumen, den es verdient. Vom 9. Mai 1945 an gibt es in dieser Gesellschaft den Wunsch, davon nichts mehr zu hören. Der dominiert alles. Und da habe ich Forderungen, besonders an die Sozialdemokraten, deren Genossen mit den anderen im KZ und in den Knästen gegessen haben und von denen auch viel zu viele umgebracht worden sind.

Interview: Kristian Stemmler

## Abgeschrieben

Der Bundesausschuss der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) sieht die militärische Bündnisfreiheit des Landes in Gefahr und erklärte dazu am Mittwoch:

Obwohl Österreich sich als neutraler Staat definiert, ist seine Wirtschaftspolitik Teil des globalisierten Kapitalismus mit all seinen Ungerechtigkeiten. Seit dem Untergang des realsozialistischen Staatenblocks und vor allem seit dem Beitritt zur Europäischen Union hat sich diese ökonomische Integration verstärkt. Damit einhergehend ist auch die militärische Bündnisfreiheit Österreichs – darauf wird Neutralität in der Diskussion in der Regel reduziert – in den letzten Jahrzehnten immer stärker unter Druck gekommen.

In den letzten Jahren ist aber eine Verwertungskrise des Kapitals zu beobachten. Dies deutet darauf hin, dass das Akkumulationsregime generell in die Krise geraten ist, ohne dass die Herrschenden in Ost oder West eine halbwegs inklusive Lösung der vielfachen Krisen unserer Zeit vorzuschlagen hätten. Die autoritäre Wende der letzten Jahre wie auch die aktuellen innerimperialistischen Auseinandersetzungen, die mit dem Angriff auf die

Ukraine einen aktuellen Höhepunkt erreicht haben, lassen sich in diese Entwicklung durchaus einordnen.

Der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO, die aggressiven Aufrüstungspläne im benachbarten Deutschland, die zunehmende Infragestellung der Bündnisfreiheit Österreichs sind Ergebnis eines Trends, der durch den Krieg gegen die Ukraine beschleunigt wurde, hier aber nicht seinen Ausgangspunkt hat.

In der Debatte um die Neutralität spiegeln sich daher gesellschaftliche Kräfteverhältnisse wie ökonomische Entwicklungen wider. Aus linker Sicht gilt es daher, für einen Begriff von Neutralität zu streiten, der nicht auf militärische Bündnisfreiheit reduziert werden darf, sondern das Eintreten für eine aktive Friedenspolitik auch immer mit dem Hinterfragen globaler Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse verknüpft.

Die Neutralität ist untrennbar mit der Unabhängigkeit Österreichs verbunden. Die Stunde der Wiedererstehung Österreichs schlug, als Ende März 1945 die 3. Ukrainische Front die Grenze zu Österreich überschritten hat. Am 13. April wurde die Bundeshauptstadt endgültig befreit.

18.000 Sowjetsoldaten verloren dabei ihr Leben. Die Sowjetunion hielt sich in der Folge strikt an die Grundsätze der Moskauer Deklaration. Sie gestattete umgehend die Wiederbegründung der Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ sowie des Gewerkschaftsbundes und anderer Verbände. Die Einsetzung einer österreichischen Regierung bedeutete für die Sowjetunion auch ein klares Signal der Trennung Österreichs von Deutschland und damit eine Absage an alle Anschlussbestrebungen. Auch im 1955 verabschiedeten Staatsvertrag ist die antifaschistische Orientierung Österreichs klar herauszulesen (speziell etwa in den Artikeln 6–9). (...)

Anstatt über aktive Neutralitätspolitik tatsächlich an einem Frieden für die Ukraine und darüber hinaus an einer Friedensordnung für ganz Europa zu arbeiten, reißt sich Österreich derart umstandslos in die Kriegsfraction ein und befeuert so den Konflikt, anstatt zu helfen, ihn zu lösen. Dagegen stellt die KPÖ das Konzept einer eingreifenden, aktiven Neutralitätspolitik, die auch darum bemüht ist, Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen!

■ kpoe.at/die-zukunft-der-neutralitaet